

Die Belastung der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland durch direkte und indirekte Steuern	781
Bilanz der Erwerbschancen fünf Jahre nach der Wende in Ostdeutschland	789
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 46/95

Berlin

16. November 1995

stäplin

62. Jahrgang

Die Belastung der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland durch direkte und indirekte Steuern

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote — Steuern in vH des Bruttoinlandsprodukts — ist in Westdeutschland von 26 vH (1980) auf knapp 24 vH (1990) zurückgegangen. Nach der Vereinigung Deutschlands indes wurden die Einnahmen des Staates auf breiter Front erhöht; 1994 betrug die Steuerquote reichlich 24 vH, 1995 fast 25 vH. Die Quote der Steuern und Sozialabgaben zusammen belief sich 1980 auf nicht ganz 45 vH, 1990 auf 43 vH, 1994 auf nahezu 46 vH des Bruttoinlandsprodukts.

Der deutsche Einkommensteuertarif ist progressiv ausgestaltet; die Belastung der privaten Haushalte durch direkte Steuern nimmt mit der Einkommenshöhe zu. Die Belastung der Haushalte durch indirekte Steuern ist von der Ausgabenstruktur abhängig: Zum einen gibt es im Umsatzsteuerrecht neben dem Normaltarif einen ermäßigten sowie einen Nullsatz für einige Ausgabearten; zum anderen wird eine Reihe von Waren mit speziellen Verbrauchsteuern belegt. Beim Verbrauch der Haushalte mit geringem Einkommen fallen die mehrwertsteuerfreien Ausgaben (vor allem die Wohnungsmieten), beim Verbrauch der Haushalte mit höherem Einkommen die vollbesteuerten Ausgaben stärker ins Gewicht als bei den anderen Haushaltstypen. Die Belastung der Haushalte durch spezielle Verbrauchsteuern nimmt mit steigendem Einkommen zunächst zu, später ab.

Für die meisten der in diese Untersuchung einbezogenen Haushalte sind von 1991 bis 1994 die Einkommen stärker als die von diesen Haushalten gezahlten Steuern gestiegen. 1995 hat die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages aber zu einer steuerlichen Mehrbelastung der privaten Haushalte geführt.

Die in diesem Bericht verwendeten Daten entstammen Steuerstatistiken¹ sowie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung² und den laufenden Wirtschaftsrechnungen³ des Statistischen Bundesamtes.

Entwicklung der Steuern und Sozialabgaben seit 1980

Steuern

Das Steueraufkommen⁴ in der Bundesrepublik Deutschland ist von 365 Mrd. DM (1980) auf 786 Mrd. DM (1994) gestiegen. Gegenwärtig werden mehr als 90 vH des gesamten Aufkommens von neun Steuern erbracht; am ergiebigsten sind die Steuern auf Einkommen und die vom Umsatz (Schaubild 1).

Aufkommensstärkste Steuer ist die Lohnsteuer; sie machte 1994 mehr als ein Drittel der gesamten Steuern aus

(1980: 31 vH). Der Anteil der Gewinnsteuern — veranlagte Einkommensteuer, nichtveranlagte Steuern vom Ertrag,

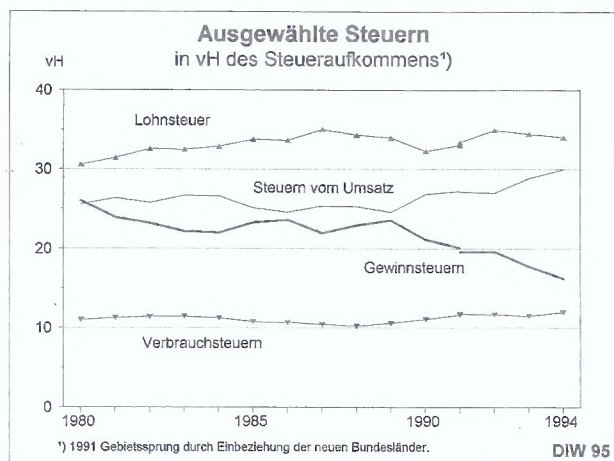
¹ Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht (mehrere Jahrgänge).

² Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen (mehrere Jahrgänge).

³ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte (mehrere Jahrgänge).

⁴ Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik.

Schaubild 1



Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Zinsabschlag (seit 1993) — ist dagegen von 26 vH (1980) auf 16 vH (1994) zurückgegangen. Die Steuern vom Umsatz erhöhten ihren Anteil am Steueraufkommen von 26 vH (1980) auf 30 vH (1990). Die Verbrauchsteuern — Mineralöl-, Tabak-, Branntwein-, Kaffee-, Bier- und Schaumweinsteuer⁵ — trugen im vergangenen Jahr 12 vH (1980: 11 vH) zum Steueraufkommen bei.

Bedingt durch die Progressionswirkung der Einkommensteuer und die konjunkturelle Erholung, mit der die Gewinnsteuern zunahmen, ist der Anteil der direkten Steuern am Gesamtaufkommen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre etwas gestiegen. Bis 1989 hielten sich direkte und indirekte Steuern dann, obwohl es 1987 eine Mehrwertsteuererhöhung gab, im großen und ganzen die Waage. Nach der dritten Stufe der Einkommensteuerreform 1986/90 ging der Anteil der direkten Steuern jedoch auf 47 vH zurück. Seit 1991 wurden die Mineralöl-, Tabak- und Umsatzsteuer zum Teil mehrmals erhöht; die Folge war eine weitere Strukturverschiebung von den direkten (1994: 45 vH) zu den indirekten (1994: 55 vH) Steuern.

Verbrauchssteuererhöhungen waren für den Fiskus in den achtziger und neunziger Jahren weniger erfolgreich als vorher. Sowohl die Tabak- als auch die Branntweinsteuer haben inzwischen ihre Sättigungsgrenzen erreicht; Steuererhöhungen werden hier von den Konsumenten mit Verbrauchseinschränkungen oder der Substitution durch niedrig besteuerte oder steuerfreie Güter (z.B. legale oder illegale Grenzkäufe) beantwortet. Noch nicht erreicht sind die Grenzen der Besteuerung dagegen bei der Mineralölsteuer; hier hatten Steuererhöhungen bisher nur vorübergehende Verbrauchseinschränkungen zur Folge.

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote — Steuern⁶ in vH des Bruttoinlandsprodukts — ist in Westdeutschland von 26 vH (1980) auf knapp 24 vH (1990) zurückgegangen. Nach der Vereinigung Deutschlands indes wurden die Einnahmen des Staates auf breiter Front angehoben, um die nach Ostdeutschland fließenden Transferströme zu finan-

zieren. Bis 1994 ist die gesamtwirtschaftliche Steuerquote auf reichlich 24 vH, bis 1995 auf fast 25 vH gestiegen.

Die Steuerquote der Arbeitnehmer — Lohnsteuer in vH der Brutto Lohn- und -gehaltssumme — nahm von 16 vH (1980) auf 18 vH (1994) zu. Die schon erwähnte dritte Stufe der Steuerreform, mit der der linear-progressive Grenzsteuertarif eingeführt wurde, brachte 1990 zwar eine kräftige Entlastung der Steuerzahler mit sich; aber in den Folgejahren hat sich die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs wieder voll entfaltet. Die Steuerquote der Unternehmen — Gewinnsteuern in vH des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — dagegen ist aufgrund zahlreicher Steuersenkungen von 34 vH (1980) auf 19 vH (1994) gesunken. Damit ist der Abstand zwischen der Gewinn- und der Lohnsteuerquote, der zu Beginn der achtziger Jahre fast 20 vH-Punkte betragen hatte, heute nahezu verschwunden. Allerdings ist die Aufteilung der Steuern auf Arbeitnehmer und Unternehmen nicht ohne empirische Unschärfen⁷.

Sozialabgaben

Die Sozialbeiträge der privaten Haushalte — Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, zur Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie fiktive Beiträge für die Beamtenversorgung und betriebliche Ruhegeldverpflichtungen — expandierten von 279 Mrd. DM (1980) auf 693 Mrd. DM (1994), somit stärker als das Steueraufkommen. Die Arbeitnehmerbeiträge machten im vergangenen Jahr ein Drittel, die tatsächlichen Arbeitnehmerbeiträge zwei Fünftel, die unterstellten Beiträge 12 vH der gesamten Sozialbeiträge aus; den Rest stellten die Pflichtbeiträge der Selbständigen, die Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, deren Eigenbeiträge und die übrigen Beiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä.

Die Sozialabgabenquote — Sozialbeiträge in vH des Bruttoinlandsprodukts — lag 1989 mit 19 vH auf demselben Niveau, das schon 1980 registriert worden war. Nach der Vereinigung Deutschlands sind die Sozialbeiträge dann allerdings kräftig angehoben worden, um die Transferleistungen an die stark gestiegene Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern zu finanzieren. Bis 1994 hat sich die Sozialabgabenquote auf 21 vH erhöht.

⁵ Tee-, Zucker-, Salz-, Leuchtmittel- und Zündwarensteuer werden seit Anfang 1993 nicht mehr erhoben.

⁶ Steuern in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Während in der Kassenstatistik Einkommen- und Körperschaftsteuer um die Investitionszulage gekürzt werden, erscheinen diese Steuern in der VGR vor Abzug der Zulage. Bei den indirekten Steuern werden in der VGR — anders als in der Kassenstatistik — beispielsweise die Ausgleichsabgabe zur Finanzierung der Mehrkosten beim Einsatz von Steinkohle in der Elektrizitätswirtschaft (Kohlepennig) sowie die Milch- und Getreidemitverantwortungsabgaben als Steuern verbucht.

⁷ Vgl. Klaus Schüler: Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1986, S. 329 ff.

Schaubild 2



Gesamtabgaben

Steuern und Sozialbeiträge zusammen beliefen sich am Anfang der achtziger Jahre auf nicht ganz 45 vH des Bruttoinlandsprodukts. Bis 1990 ist die Gesamtabgabenquote auf weniger als 43 vH gesunken. 1994 war sie mit reichlich 45 vH jedoch höher als 1980 (Schaubild 2).

In Ostdeutschland liegt die Abgabenquote deutlich über der für das alte Bundesgebiet. Aufgrund des noch immer geringeren Einkommensniveaus ist zwar die ostdeutsche Steuerquote niedriger als die entsprechende westdeutsche Quote, doch bei den Sozialabgabenquoten ist das Verhältnis umgekehrt: Hier wirkt sich aus, daß das Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die aus diesem Einkommen gezahlten Sozialbeiträge im neuen Bundesgebiet nach wie vor einen erheblich größeren Teil des Bruttoinlandsprodukts⁸ ausmachen als in Westdeutschland. Hinzu kommt, daß wegen des niedrigen Einkommensniveaus vergleichsweise viele ostdeutsche Arbeitnehmer mit ihren Einkünften unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung bleiben und deshalb mit den vollen Beitragssätzen belastet werden. Von Bedeutung ist ferner, daß als Folge der hohen Erwerbsbeteiligung in der DDR der Anteil der in der gesetzlichen Krankenversicherung beitragsfrei versicherten Familienangehörigen in den neuen Bundesländern erheblich geringer als in Westdeutschland ist.

Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte

Will man die Steuerbelastung von Haushalten unterschiedlicher sozialer Gruppen und unterschiedlicher Einkommenshöhe empirisch untersuchen, so benötigt man detaillierte Informationen über die Einkommensverteilung und Verwendung der Haushalte. Aktuelle Daten über Höhe und Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte findet man in den laufenden Wirtschaftsrechnungen der amtlichen Statistik. Erfäßt werden allerdings nur Haushalte ausgewählter Typen⁹:

- Haushaltstyp 1: 2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen,
- Haushaltstyp 2: 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen,
- Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen.

Haushaltstyp 1

1994 belief sich das durchschnittliche Haushaltsbruttoeinkommen der westdeutschen Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern, die an den laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnahmen, auf monatlich 2 700 DM; neun Zehntel davon waren Transfereinkommen (Tabelle 1). Direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge hatten für diese Haushalte geringe Bedeutung, und das ausgabefähige Einkommen fiel hier kaum niedriger aus als das Bruttoeinkommen. Mit knapp 2 200 DM flossen 83 vH des ausgabefähigen Einkommens in den Verbrauch.

Das Einkommens- und Verbrauchsniveau der Rentner- und Sozialhilfeempfänger-Haushalte im neuen Bundesgebiet, das 1991 nicht unerheblich hinter dem der vergleichbaren westdeutschen Haushalte zurückblieb, hat inzwischen deren Niveau erreicht.

Haushaltstyp 2

Die westdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte mit mittleren Einkünften deklarierten in den laufenden Wirtschaftsrechnungen ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 6 300 DM sowie ein ausgabefähiges Einkommen von 5 200 DM je Monat des vergangenen Jahres. Prima facie erscheinen diese Beträge recht hoch, doch ist hier zu berücksichtigen, daß Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld rechnerisch gleichmäßig auf die Monate des Kalenderjahres verteilt wurden — unregelmäßige Zahlungen summierten sich 1994 auf ein Zehntel des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit. Hinzu kommt, daß die Einnahmen aus Vermögen ein fiktives Äquivalent für die Nutzung von Eigentümerwohnungen¹⁰ einschließen. Sodann enthalten die Haushaltseinkommen soziale Geldleistungen wie Kinder- und Wohngeld. 4 000 DM (76 vH des ausgabefähigen Einkommens) gaben die westdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte mit mittleren Einkünften 1994 für Verbrauchszwecke aus.

⁸ Am Volkseinkommen hatte das Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1994 einen Anteil von 71 vH (Westdeutschland) bzw. 93 vH (Ostdeutschland).

⁹ Angaben über die Gesamtheit der privaten Haushalte liefert die Einkommensstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre durchgeführt wird. Die jüngste EVS wurde 1993 erhoben; von ihren Ergebnissen wurde bisher allerdings nur ein geringer Teil veröffentlicht.

¹⁰ Nach den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die unterstellten Mieteinkünfte für die Eigennutzung von Wohnungen insgesamt höher als die tatsächlich gezahlten Wohnungsmieten.

Tabelle 1

Budgets der von den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushalte
in DM je Haushalt und Monat

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1991	1994	1991	1994	1991	1994
Früheres Bundesgebiet						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0	—	4 869	5 162	7 698	8 216
+ Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit	65	92	192	224	184	148
+ Einnahmen aus Vermögen	198	241	447	490	749	809
+ Einnahmen aus Übertragungen	2 099	2 378	455	456	487	516
= Haushaltsbruttoeinkommen	2 362	2 711	5 963	6 332	9 118	9 689
— Einkommen- und Vermögensteuer	0	0	552	515	1 299	1 251
— Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	117	140	830	945	562	707
= Haushaltsnettoeinkommen	2 245	2 571	4 581	4 872	7 257	7 731
+ Sonstige Einnahmen ¹⁾	46	43	324	342	572	664
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 291	2 614	4 905	5 214	7 829	8 395
— Ausgaben für den privaten Verbrauch	1 892	2 170	3 773	3 958	5 434	5 855
— Übrige Ausgaben ²⁾	184	218	501	622	1 240	1 390
= Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten	+ 215	+ 226	+ 631	+ 634	+ 1 155	+ 1 150
Neue Länder und Berlin-Ost						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0	—	3 338	4 038	4 940	6 677
+ Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit	24	68	23	73	28	70
+ Einnahmen aus Vermögen	14	97	21	124	28	116
+ Einnahmen aus Übertragungen	1 746	2 535	415	814	366	394
= Haushaltsbruttoeinkommen	1 784	2 700	3 797	5 049	5 362	7 257
— Einkommen- und Vermögensteuer	1	0	213	319	516	845
— Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	4	150	577	747	828	1 176
= Haushaltsnettoeinkommen	1 779	2 550	3 007	3 983	4 018	5 236
+ Sonstige Einnahmen ¹⁾	51	74	102	280	182	305
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 830	2 624	3 109	4 263	4 200	5 541
— Ausgaben für den privaten Verbrauch	1 597	2 145	2 569	3 345	3 249	3 983
— Übrige Ausgaben ²⁾	118	209	197	344	255	496
= Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten	+ 115	+ 270	+ 343	+ 574	+ 696	+ 1 062
¹⁾ Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter oder gebrachter Waren, Rückvergütung auf Warenverkäufe. — ²⁾ Zinsen, Kraftfahrzeugsteuer, freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung, Prämien für Schadenversicherungen, Geldspenden, Übertragungen an andere private Haushalte u.ä. <i>Quelle:</i> Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1991 und 1994.						

In den neuen Ländern und Berlin-Ost belief sich das Bruttoeinkommen des Haushaltstyps 2 im vergangenen Jahr auf 80 vH (1991: 64 vH) des entsprechenden Betrages in Westdeutschland. Hier ist zu beachten, daß dieser Haushaltstyp in West und Ost unterschiedlich abgegrenzt ist — im alten Bundesgebiet umfaßt er Haushalte mit einem Alleinverdiener, im neuen Bundesgebiet Haushalte mit

zwei Einkommensbeziehern. Früher waren diese in der Regel beide erwerbstätig; inzwischen ist ein großer Teil der Ehefrauen arbeitslos geworden. Die ausgabefähigen Einnahmen der ostdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen machten im vergangenen Jahr 82 vH, die Verbrauchsausgaben 85 vH der vergleichbaren Beträge in Westdeutschland aus.

Haushaltstyp 3

Mit monatlich 9 700 DM übertrafen die Bruttoeinkünfte der westdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte mit höherem Einkommen 1994 die des Haushaltstyps 2 um reichlich die Hälfte; bei den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen war der Abstand noch größer. Weil viele Einkommensbezieher in den finanziell gutgestellten Haushalten mit ihren Einkünften die Beitragsbemessungsgrenzen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung überschreiten oder (als Beamte) versicherungsfrei sind, leisten diese Haushalte im Durchschnitt niedrige Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, denen allerdings vergleichsweise hohe freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung sowie zu privaten Krankenversicherungen gegenüberstehen.

Im neuen Bundesgebiet betrug das für den Haushaltstyp 3 nachgewiesene Bruttoeinkommen im vergangenen Jahr 75 vH (1991: 59 vH) des westdeutschen Vergleichswertes. Bei den ausgabefähigen Einkommen hat sich das Ost-West-Verhältnis von 54 vH (1991) auf 66 vH (1994) verbessert. Die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung schlu-

gen bei den ostdeutschen Haushalten mit höherem Einkommen stärker zu Buche als bei den vergleichbaren Haushalten in Westdeutschland; in den neuen Bundesländern fällt der Anteil der Beamten-Haushalte noch wenig ins Gewicht.

Ausgabenstruktur der private Haushalte

Während der Gesetzgeber bei der Einkommensteuer eine strikte verteilungspolitische Ausgestaltung vorgenommen hat — im Regelfall nimmt die Steuerbelastung mit steigendem Einkommen zu — hängt die Belastung der privaten Haushalte mit indirekten Steuern von ihrer Ausgabenstruktur ab: Zum einen gibt es im Umsatzsteuerrecht keinen einheitlichen Steuertarif, sondern neben dem Normaltarif von 15 vH¹¹ einen ermäßigten von 7 vH sowie einen Nullsatz für einige Ausgabearten; zum anderen wird eine Reihe von Waren mit speziellen Verbrauchsteuern belegt.

¹¹ Bis Ende 1992 betrug der Normalsatz der Mehrwertsteuer 14 vH.

Tabelle 2

Ausgaben für den privaten Verbrauch der von den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushalte in DM je Haushalt und Monat

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1991	1994	1991	1994	1991	1994
Früheres Bundesgebiet						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	515	533	881	870	1 100	1 137
Bekleidung, Schuhe	103	102	302	279	462	421
Wohnungsmieten	516	626	791	921	1 060	1 218
Haushaltsenergie	153	160	203	218	246	247
Güter für						
die Haushaltsführung	104	161	285	300	432	462
die Gesundheits- und Körperpflege	98	119	142	139	346	385
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	205	254	653	631	887	999
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	129	142	388	453	637	719
die persönliche Ausstattung, Reisen	69	73	128	147	264	267
Zusammen	1 892	2 170	3 773	3 958	5 434	5 855
Neue Länder und Berlin-Ost						
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	487	523	723	802	799	906
Bekleidung, Schuhe	113	124	255	236	331	308
Wohnungsmieten	112	403	125	470	152	502
Haushaltsenergie	100	157	103	195	125	200
Güter für						
die Haushaltsführung	198	230	279	340	361	483
die Gesundheits- und Körperpflege	86	122	80	105	98	130
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	280	284	632	700	861	812
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	143	174	308	377	406	461
die persönliche Ausstattung, Reisen	78	129	64	120	116	181
Zusammen	1 597	2 144	2 569	3 345	3 249	3 983
<i>Quelle:</i> Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1991 und 1994.						

Ausgaben nach der Belastung mit Mehrwertsteuersätzen

Um die Mehrwertsteuerbelastung der Haushalte zu ermitteln, wurden ihre Verbrauchsausgaben (Tabelle 2) in steuerfreie, steuerermäßigte und vollbesteuerte Komponenten gegliedert. Dabei zeigte sich, daß beim Verbrauch der Rentner- und Sozialhilfeempfänger-Haushalte die mehrwertsteuerfreien Ausgaben (vor allem die Wohnungsmieten), beim Verbrauch der Arbeitnehmer-Haushalte mit höherem Einkommen die vollbesteuerten Ausgaben vergleichsweise stark ins Gewicht fallen, somit die vom Gesetzgeber angestrebte Sozialtarifizierung der Mehrwertsteuer prinzipiell realisiert worden ist.

Der überdurchschnittliche Anstieg der Mieten hatte zur Folge, daß der Anteil der mehrwertsteuerfreien Ausgaben am privaten Verbrauch zugenommen hat. Das gilt insbesondere für die neuen Bundesländer. Allerdings bleibt das Mietenniveau dort nach wie vor hinter dem in Westdeutschland zurück; der Anteil der steuerfreien Verbrauchsausgaben der ostdeutschen Haushalte ist noch immer vergleichsweise gering.

Ausgaben für Waren mit spezieller Verbrauchsbesteuerung

Die Käufe von Waren mit spezieller Verbrauchsbesteuerung¹² (Tabelle 3) beanspruchten im vergangenen Jahr zwischen 5 und 7 vH der Verbrauchsausgaben der einzelnen Haushaltstypen. Gleichermäßen in West und Ost tätigten die Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern geringere Kraftstoffkäufe als die Arbeitnehmer-Haushalte, nahmen die Ausgaben für Genußmittel mit steigendem Einkommen zu.

Die durchschnittlichen Ausgaben der ostdeutschen Haushalte für Kaffee unterscheiden sich inzwischen kaum noch von den entsprechenden Ausgaben in Westdeutschland. Demgegenüber gaben die ostdeutsche Haushalte auch 1994 noch mehr Geld für Spirituosen und Bier aus als die Haushalte in Westdeutschland; bei den materiell gutgestellten ostdeutschen Arbeitnehmer-Haushalten galt das auch für Tabakwaren. Doch wurde in vielen Haushalten der neuen Bundesländer der Verbrauch an Genußmitteln inzwischen reduziert.

Steuerbelastung der privaten Haushalte

Direkte Steuern

Die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen spiegeln den progressiven Einkommensteuertarif wider: Die Haushalte mit höherem Einkommen tragen — sowohl absolut (Tabelle 4) als auch relativ (Tabelle 5) — eine höhere „Last“ an direkten Steuern als die Haushalte mit mittlerem Einkommen. Rentner-Haushalte zahlen faktisch keine direkten Steuern: Nach dem Einkommensteuerrecht

Tabelle 3

Ausgaben der von den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushalte für Waren mit spezieller Verbrauchsbesteuerung in DM je Haushalt und Monat

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1991	1994	1991	1994	1991	1994
Früheres Bundesgebiet						
Kaffee	15	16	16	17	16	18
Tee ¹⁾	1	X	1	X	3	X
Spirituosen	7	8	8	8	11	12
Bier	14	15	29	28	30	30
Traubenschaumwein	2	3	5	6	9	11
Tabakwaren	14	16	27	28	17	19
Heizöl	14	14	26	18	33	28
Kraftstoffe	34	41	127	141	160	184
Zusammen	101	113	239	246	279	302
Neue Länder und Berlin-Ost						
Kaffee	13	16	12	16	13	18
Tee ¹⁾	1	X	1	X	1	X
Spirituosen	18	15	20	17	21	19
Bier	24	23	39	36	34	37
Traubenschaumwein	4	5	5	6	7	9
Tabakwaren	14	11	34	27	29	26
Heizöl	2	5	4	8	1	11
Kraftstoffe	42	45	119	140	141	153
Zusammen	118	120	234	250	247	273
<p>¹⁾ Auf Tee wird seit Anfang 1993 keine Verbrauchsteuer mehr erhoben. <i>Quelle:</i> Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1991 und 1994.</p>						

ist zwar der „Ertragsanteil“ einer Rente steuerpflichtig, doch in der Regel bleibt dieser unter dem Steuerfreibetrag.

Für die westdeutschen Haushalte ist die Belastung mit direkten Steuern von 1991 bis 1994 zurückgegangen. In den neuen Bundesländern dagegen hatte die kräftige Expansion der Einkommen zur Folge, daß die der Arbeitnehmer-Haushalte weiter in die Progressionszone des Einkommensteuertarifs hineingewachsen sind.

Indirekte Steuern

Wie erwähnt, fragen Haushalte mit niedrigem Einkommen eher Waren und Dienstleistungen des Grundbedarfs

¹² Die Ausgaben für Zucker, Salz, Leuchtmittel, Zündwaren und Erdgas wurden ausgeklammert, weil die Datenlage bei diesen Waren keine Steuerbelastungsrechnung erlaubte.

Tabelle 4

Direkte und indirekte Steuern der von den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushalte in DM je Haushalt und Monat

	Haushalts- typ 1		Haushalts- typ 2		Haushalts- typ 3	
	1991	1994	1991	1994	1991	1994
Früheres Bundesgebiet						
Direkte Steuern	0	0	552	515	1 299	1 251
Indirekte Steuern	168	206	412	452	563	642
Mehrwertsteuer	131	158	307	330	444	495
Verbrauchssteuern	37	48	105	122	119	147
Zusammen	168	206	964	967	1 862	1 893
Neue Länder und Berlin-Ost						
Direkte Steuern	1	0	213	319	516	845
Indirekte Steuern	203	239	376	450	460	531
Mehrwertsteuer	151	185	263	322	338	391
Verbrauchssteuern	52	54	113	128	122	140
Zusammen	204	239	589	769	976	1 376

Quellen: Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1991 und 1994; Berechnungen des DIW.

nach, die einen geringeren Anteil an indirekten Steuern tragen als Güter des gehobenen Konsums. Von geringen zu mittleren Einkünften steigt deshalb der Anteil der Mehrwertsteuer an den ausgabefähigen Einkommen, erst danach setzt ein regressiver Verlauf ein.

Weil die Ausgaben für Waren mit spezieller Verbrauchsbesteuerung mit steigendem Einkommen zunehmen, tragen die Haushalte mit höheren Einkünften — absolut gesehen — auch höhere Verbrauchssteuern als solche mit niedrigen Einkünften. Bezogen auf die ausgabefähigen Einkommen indes zeigt sich erneut ein „bogenförmiger“ Verlauf: Anfangs steigt die Belastung, dann geht sie wieder zurück. Anders als gelegentlich behauptet wird, belasten indirekte Steuern — sowohl die Mehrwertsteuer als auch die speziellen Verbrauchssteuern — ärmere Schichten der Bevölkerung keineswegs am stärksten (Schaubild 3).

Im Zeitverlauf ist die Belastung der westdeutschen Haushalte mit indirekten Steuern gestiegen; hier haben sich die genannten Mehrwert- und Verbrauchssteuerrhöhungen niedergeschlagen. Die Belastung der ostdeutschen Haushalte mit indirekten Steuern dagegen nahm ab; im neuen Bundesgebiet ist — wie erwähnt — der Anteil der mehrwertsteuerfreien Ausgaben (vor allem der Mieten) am Verbrauch kräftig gestiegen. Hinzu kommt, daß — wie gleichfalls genannt — in vielen ostdeutschen Haushalten

die Ausgaben für Spirituosen, Bier und Tabakwaren eingeschränkt wurden.

Durchschnitts- und Einzelfallbetrachtung

In den laufenden Wirtschaftsrechnungen — wie auch in anderen Verbrauchsstatistiken — werden die Angaben von Personen die Kaffee, Spirituosen, Bier und Schaumwein trinken, mit denen solcher Personen zusammengefaßt, die nur einige oder keine Waren verbrauchen, die spezielle Verbrauchsteuern tragen. Die letztgenannten Personen ziehen den durchschnittlichen Verbrauch „nach unten“.

Ein Haushalt mit keineswegs aus dem Rahmen fallenden Ausgaben für Genußmittel und Kraftstoffe gibt ein Mehrfaches der in den laufenden Wirtschaftsrechnungen genannten Durchschnittsbeträge aus. Werden etwa in einem Zweipersonen-Haushalt pro Monat ein Kilogramm Kaffee, jeweils rund eine Flasche an Spirituosen und Sekt, 60 Flaschen Bier, 1 800 Zigaretten und 150 Liter Benzin verbraucht, so summieren sich die Ausgaben für diese Waren auf 750 DM und die auf ihnen lastenden Verbrauchsteuern auf 420 DM monatlich; hinzu kommen 65 DM an Mehrwertsteuer. Es ist trivial, daß die Belastung des Einkommens mit indirekten Steuern ceteris paribus um so größer ausfällt, je höher die Ausgaben für Genußmittel und Kraftstoffe sind.

Tabelle 5

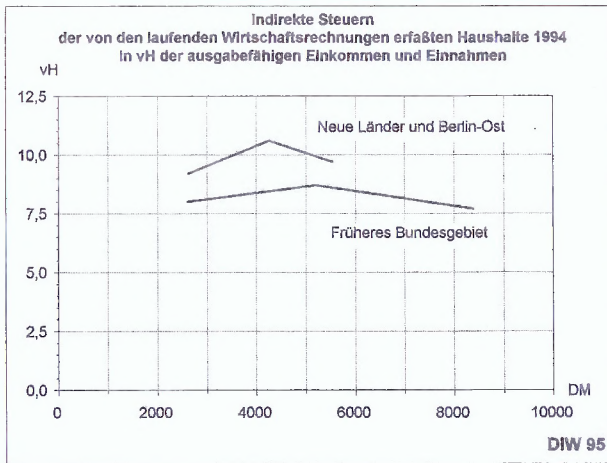
Belastung der von den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushalte durch direkte und indirekte Steuern in vH

	Haushalts- typ 1		Haushalts- typ 2		Haushalts- typ 3	
	1991	1994	1991	1994	1991	1994
Früheres Bundesgebiet						
Direkte Steuern ¹⁾	0,0	0,0	9,3	8,1	14,2	12,9
Indirekte Steuern ²⁾	7,3	7,9	8,4	8,7	7,2	7,6
Mehrwertsteuer	5,7	6,1	6,3	6,3	5,7	5,9
Verbrauchssteuern	1,6	1,8	2,1	2,4	1,5	1,7
Neue Länder und Berlin-Ost						
Direkte Steuern ¹⁾	0,1	0,0	5,6	6,3	9,6	11,6
Indirekte Steuern ²⁾	11,1	9,1	12,1	10,6	11,0	9,6
Mehrwertsteuer	8,3	7,1	8,5	7,5	8,1	7,1
Verbrauchssteuern	2,8	2,0	3,6	3,1	2,9	2,5

1) Direkte Steuern in vH der Haushaltsbruttoeinkommen. —
2) Indirekte Steuern in vH der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen.

Quellen: Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1991 und 1994; Berechnungen des DIW.

Schaubild 3



Ist die Gesamtsteuerbelastung gestiegen?

Seit eh und je wird eine steigende Steuerbelastung der Einkommen beklagt. Für die meisten der von den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushalte sind allerdings von 1991 bis 1994 die Einkommen stärker als die von diesen Haushalten gezahlten Steuern gestiegen¹³. Das gilt nicht für die westdeutschen Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern, die ihre dem vollen Mehrwertsteuersatz unterliegenden Verbrauchsausgaben und auch die Ausgaben für Genußmittel stärker ausgeweitet haben als die übrigen Haushalte. Zugenommen hat auch die Gesamtsteuerbelastung der gutverdienenden Arbeitnehmer-Haushalte im neuen Bundesgebiet.

¹³ 1995 hat die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages aber zu einer steuerlichen Mehrbelastung der privaten Haushalte geführt.

Bilanz der Erwerbschancen fünf Jahre nach der Wende in Ostdeutschland

Fünf Jahre nach dem Fall der Mauer hat sich für junge Menschen in den neuen Bundesländern eine Strukturierung der Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit herausgebildet, die trotz einer offenen Jugendarbeitslosigkeit von etwa 10 vH relativ gute Arbeitsmarktchancen zeigt. Junge Menschen sind auch eher bereit, in den Westen zu pendeln oder umzuziehen. Für die Generation der Personen, die bei der Wende 45 bis 55 Jahre alt waren, sind die Arbeitsmarktchancen indes deutlich schlechter. Nur 8 vH der zum Zeitpunkt der Wende 55jährigen und älteren Erwerbstätigen waren im November 1994 noch erwerbstätig. Unterscheidet man die Arbeitsmarktchancen nach Bundesländern, so sind die Unterschiede zwischen den neuen Bundesländern relativ klein, wenn man nur die Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern betrachtet und Westpendeln sowie Umzüge in den Westen außer Betracht läßt.

Die Datenbasis

Die folgenden Analysen beruhen auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)¹. Dies ist eine Wiederholungsbefragung, die im Juni 1990 mit über 4000 Befragten in der damaligen DDR begonnen wurde². Da die Teilnehmer auch nach ihrem Erwerbsstatus im Vorjahr gefragt werden, ist es möglich, den 5-Jahres-Zeitraum zu analysieren, der im November 1989 mit dem Fall der Mauer beginnt und im November 1994 endet. Da immer wieder dieselben Personen befragt werden, ist es auch möglich, individuelle Erwerbstätigkeits- und Arbeitslosigkeitsverläufe zu betrachten und zu typischen Gruppen zu aggregieren.

Erwerbsbeteiligung 1989 und 1994

Im November 1989 waren etwa 70 vH der 16jährigen und älteren erwerbstätig, fünf Jahre später sind es nur noch rund 53 vH. Faßt man Voll- und Teilzeitbeschäftigung zusammen, so ist der Rückgang der Erwerbsbeteiligung bei Männern und Frauen etwa gleich groß (Tabelle 1).

Die nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion anfänglich bedeutsame Kurzarbeit spielt im November 1994 praktisch keine Rolle mehr. Deutlich gestiegen ist der

¹ Vgl. Projektgruppe Panel, Das SOEP im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/95, S. 5-15.

² In Westdeutschland läuft das SOEP seit 1984.

Tabelle 1

Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Bevölkerung 1989 und 1994
1000 Personen, 16 Jahre und älter

Erwerbsstatus	Insgesamt				Männer				Frauen			
	November 1989		November 1994		November 1989		November 1994		November 1989		November 1994	
	1000 Personen	vH	1000 Personen	vH	1000 Personen	vH	1000 Personen	vH	1000 Personen	vH	1000 Personen	vH
Voll erwerbstätig	8 092	61,9	6 029	47,8	4 791	78,0	3 703	61,8	3 301	47,7	2 326	35,2
In Kurzarbeit oder Warteschleife	0	0,0	37	0,3	0	0,0	8	0,1	0	0,0	29	0,4
Teilzeitbeschäftigt oder geringfügig erwerbstätig	1 089	8,3	639	5,1	90	1,5	55	0,9	998	14,4	584	8,8
In betrieblicher Ausbildung / Fortbildung / Umschulung	257	2,0	615	4,9	142	2,3	287	4,8	114	1,7	328	5,0
Arbeitslos gemeldet	0	0,0	1 031	8,2	0	0,0	381	6,4	0	0,0	650	9,8
In Rente / Ruhestand	2 571	19,7	3 385	26,9	728	11,9	1 275	21,3	1 843	26,6	2 111	31,9
In Mutterschafts- / Erziehungsurlaub	280	2,1	223	1,8	6	0,1	0	0,0	274	0,4	223	3,4
Auf der Schule / Hochschule	350	2,7	407	3,2	178	2,9	188	3,1	172	2,5	219	3,3
Als Wehrpflichtiger beim Wehrdienst / Zivildienst	159	1,2	59	0,5	159	2,6	59	1	0	0,0	0	0,0
Hausfrau / Hausmann	164	1,3	109	0,9	7	0,1	0	0,0	157	2,3	109	1,6
Sonstiges	100	0,8	72	0,6	42	0,7	38	0,6	58	0,8	34	0,5
Insgesamt	13 062	100	12 606	100	6 145	100	5 994	100	6 917	100	6 612	100

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel, Wellen 1 und 6 (Ost).

Anteil der Erwachsenen in Ausbildung, Fortbildung und Umschulung; dahinter versteckt sich freilich auch Arbeitslosigkeit. Während es im November 1989 definitionsgemäß keine arbeitslos gemeldeten Personen geben konnte, machen diese jetzt 8 vH der betrachteten 16jährigen und älteren aus, wobei die Arbeitslosigkeit bei Frauen deutlich höher ist als bei Männern³. Es befindet sich im November 1994 auch ein größerer Anteil Frauen im Ruhestand als Männer; dies war jedoch auch im November 1989 der Fall, weil die Altersgrenze für Frauen auch in der DDR niedriger war als für Männer.

Der Anteil, der Frauen, die sich im Mutterschutz oder im Erziehungsurlaub befinden, ist nur leicht gesunken,

obwohl sich die Geburtenhäufigkeit in Ostdeutschland mehr als halbiert hat⁴. Der nur leichte Rückgang der „geschützten Zeiten“ für Mütter liegt daran, daß diese gegenüber der einjährigen DDR-Regelung auf drei Jahre verlängert wurden.

³ Diese Arbeitslosenquote ist deutlich niedriger als die amtlich ausgewiesene, da hier aus erhebungstechnischen Gründen auch Rentner erfaßt sind.

⁴ Vgl. zur ökonomischen Rationalität des Geburtenrückgangs in Ostdeutschland. Bearb.: Gert Wagner und James C. Witte. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1993, S. 552-554, sowie James C. Witte und Gert G. Wagner, Employment Fertility in East Germany after Unification, DIW-Discussionpaper, Nr. 125, Berlin 1995.

Tabelle 2

Einfluß der Häufigkeit von Arbeitslosigkeit auf die Erwerbsbeteiligung im November 1994
Ostdeutsche Personen, die im November 1989 im Erwerbsleben standen

Strukturmerkmale	1000 Personen	Im Erwerbsleben stehend				Ohne Beschäftigung			Im Ruhestand			
		Häufigkeit der Arbeitslosigkeit										
		Insg.	Nie	Einmal	Häufiger	Insg.	Einmal	Häufiger	Insg.	Nie	Einmal	Häufiger
		Anteile in vH				Anteile in vH			Anteile in vH			
Männer und Frauen insgesamt												
Insgesamt	9 979	70,9	47,4	15,5	7,9	11,6	5,8	5,5	17,4	15,1	2,1	0,2
darunter:												
Alter im Jahr 1989												
16 bis unter 25 Jahre alt	1 830	88,5	49,7	27,2	11,5	11,0	5,2	5,5	0,5	0,0	0,5	0,0
25 bis unter 45 Jahre alt	4 469	86,3	58	18,2	10,1	12,8	5,4	7,1	0,9	0,7	0,2	0,1
45 bis unter 50 Jahre alt	1 103	82,4	63,5	10,5	8,5	15,3	7,9	6,5	2,2	1,7	0,5	0,0
50 bis unter 55 Jahre alt	1 109	51,8	39,3	9,1	3,5	16,8	11,1	5,4	31,4	25,1	6,1	0,2
55 Jahre und älter	1 468	8,2	6,6	1,6	0,0	2,2	2,2	0,0	89,6	80,3	8,4	1,0
Schulabschluß im Jahr 1989												
Abitur	1 440	81,2	62,1	13,8	5,3	7,0	3,3	3,1	11,8	9,9	1,9	0,0
10. Klasse	5 217	83,4	54,1	19,8	9,5	10,7	4,9	5,6	5,9	4,9	0,9	0,1
8. Klasse	3 137	46,7	30,6	9,2	6,9	14,4	8,4	5,7	38,9	33,9	4,5	0,5
Berufsausbildung im Jahr 1989												
Facharbeiterabschluß	5 845	69,4	44,4	16,0	9,0	13,4	6,5	6,5	17,2	14,7	2,2	0,2
Meisterabschluß	615	71,9	54,0	11,0	6,9	5,0	3,2	1,9	23,1	21,0	2,0	0,0
Ingenieurabschluß	1 473	78,9	60,5	14,0	4,4	7,0	3,3	3,4	14,1	12,1	1,8	0,2
Hochschulabschluß	945	77,5	59,6	11,5	6,3	6,5	3,4	2,5	16,0	14,1	2,0	0,0
1989 In öffentl. Dienst (Staatsapparat)												
Ja	2 892	73,7	58,7	9,3	5,7	9,1	5,1	3,5	17,2	15,3	1,9	0,0
Nein	5 666	71,9	44,8	18,4	8,7	11,9	5,7	5,9	16,2	14,1	1,8	0,2
Bundesland im Jahr 1989												
Ost-Berlin	824	80,1	60,1	13,5	6,5	5,5	2,6	2,6	14,4	12,7	1,7	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 221	67,7	40,8	15,3	11,6	13,1	5,0	8,0	19,2	16,8	2,4	0,0
Brandenburg	1 527	73,6	50,8	16,3	6,6	9,7	4,8	4,5	16,6	14,0	2,5	0,2
Sachsen-Anhalt	1 772	70,4	48,5	16,5	5,4	13,1	8,2	4,9	16,4	14,0	2,4	0,0
Thüringen	1 692	68,4	43,8	13,8	10,8	14,2	5,6	8,0	17,4	14,2	2,8	0,3
Sachsen	2 942	70,1	46,3	16,3	7,4	11,4	6,3	4,8	18,6	16,8	1,4	0,3
Westorientierung	1 222	85,8	49,0	26,0	10,9	11,6	6,0	4,8	2,6	2,2	0,4	0,0
Ja: Pendler	845	91,0	52,4	27,9	10,8	8,0	2,5	4,9	1,0	1,0	0,0	0,0
Ja: Umzügler	546	76,9	44,4	23,4	9,1	18,8	11,5	5,7	4,3	3,5	0,8	0,0
Nein	8 756	68,9	47,2	14,1	7,5	11,6	5,8	5,6	19,5	16,9	2,4	0,2

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel, Wellen 1 bis 6 (Ost).

noch Tabelle 2

Einfluß der Häufigkeit von Arbeitslosigkeit auf die Erwerbsbeteiligung im November 1994
Ostdeutsche Personen, die im November 1989 im Erwerbsleben standen

Strukturmerkmale	1000 Personen	Im Erwerbsleben stehend				Ohne Beschäftigung			Im Ruhestand			
		Häufigkeit der Arbeitslosigkeit										
		Insg.	Nie	Einmal	Häufiger	Insg.	Einmal	Häufiger	Insg.	Nie	Einmal	Häufiger
		Anteile in vH				Anteile in vH			Anteile in vH			
Männer												
Insgesamt	5 088	75,3	53,5	15,3	6,6	7,8	3,7	3,9	16,8	14,4	2,1	0,3
darunter:												
Alter im Jahr 1989												
16 bis unter 25	928	92,6	57,3	26,5	8,9	6,4	2,4	4,0	1,0	0,0	1,0	0,0
25 bis unter 45	2 287	90,5	65,7	17,1	7,7	8,7	3,2	5,5	0,8	0,6	0,2	0,0
45 bis unter 50	553	88,7	66,6	11,1	10,9	8,3	2,7	3,7	3,0	2,0	1,0	0,0
50 bis unter 55	538	58,8	44,7	11,1	3,1	13,2	10,1	2,5	27,9	25,3	2,6	0,0
55 Jahre und älter	783	12,6	10,1	2,5	0,0	2,8	2,8	0,0	84,6	73,3	9,4	1,9
Schulabschluß im Jahr 1989												
Abitur	867	81,6	65,4	12,3	4,0	5,9	2,7	2,8	12,5	9,8	2,7	0,0
10. Klasse	2 580	85,5	59,5	19,5	6,5	7,2	3,3	4,0	7,3	6,2	1,1	0,0
8. Klasse	1 541	55,8	37,6	9,7	8,5	8,7	5,0	3,0	35,5	30,9	3,6	0,9
Berufsausbildung im Jahr 1989												
Facharbeiterabschluß	2 967	77,8	55,1	15,9	6,8	7,7	3,5	3,9	14,4	12,2	1,8	0,4
Meisterabschluß	519	72,0	54,9	9,8	7,4	3,9	2,9	1,0	24,1	22,6	1,5	0,0
Ingenieurabschluß	554	65,7	51,1	10,2	4,4	8,2	5,6	2,1	26,1	22,1	3,3	0,6
Hochschulabschluß	581	75,7	60,2	11,2	4,3	6,1	3,0	3,0	18,3	15,6	2,7	0,0
1989 in öffentl. Dienst (Staatsapparat)												
Ja	1 164	77,7	62,1	9,2	6,4	4,7	3,1	1,0	17,6	14,7	2,9	0,0
Nein	3 349	75,6	52,2	17,0	6,4	9,1	4,2	4,7	15,3	13,7	1,3	0,3
Bundesland im Jahr 1989												
Ost-Berlin	407	80,0	65,3	12,5	2,1	3,6	1,9	1,0	16,4	12,9	3,5	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	611	68,6	46,3	12,2	10,1	11,7	5,1	6,6	19,7	17,1	2,7	0,0
Brandenburg	841	78,8	55,2	18,6	5,1	5,7	1,7	3,6	15,5	12,3	2,7	0,4
Sachsen-Anhalt	901	76,8	55,3	17,9	3,6	7,5	5,1	2,5	15,7	13,6	2,1	0,0
Thüringen	822	76,0	50,6	14,1	11,4	9,3	2,5	6,3	14,7	12,7	1,6	0,4
Sachsen	1 507	73,7	52,8	14,5	6,4	7,9	4,5	3,1	18,4	16,4	1,5	0,5
Westorientierung												
Ja: Pendler	802	89,3	56,3	23,9	9,2	7,9	3,6	4,3	2,8	2,2	0,5	0,0
Ja: Umzügler	615	92,1	56,6	25,3	10,3	6,5	2,0	4,5	1,4	1,4	0,0	0,0
Nein	293	79,4	54,7	21,1	3,6	15,9	8,9	7,0	4,7	3,2	1,5	0,0
Nein	4 286	72,7	53,0	13,7	6,1	7,8	3,7	3,8	19,5	16,7	2,4	0,3
Frauen												
Insgesamt	4 890	66,4	41,2	15,8	9,4	15,6	8,0	7,2	18,0	15,8	2,2	0,1
darunter:												
Alter im Jahr 1989												
16 bis unter 25	902	84,2	42,0	27,9	14,2	15,8	8,1	7,2	0,0	0,0	0,0	0,0
25 bis unter 45	2 182	81,9	49,9	19,4	12,6	17,0	7,7	8,8	1,1	0,8	0,2	0,1
45 bis unter 50	550	76,2	60,3	9,8	6,1	22,4	13,2	9,2	1,4	1,4	0,0	0,0
50 bis unter 55	571	45,2	34,1	7,2	3,8	20,2	12,1	8,2	34,6	24,8	9,4	0,3
55 Jahre und älter	686	3,3	2,8	0,5	0,0	1,4	1,4	0,0	95,3	88,1	7,1	0,0
Schulabschluß im Jahr 1989												
Abitur	572	80,6	57,0	16,2	7,4	8,6	4,2	3,5	10,7	10,2	0,6	0,0
10. Klasse	2 637	81,4	48,7	20,2	12,5	14,1	6,5	7,1	4,5	3,7	0,7	0,1
8. Klasse	1 596	37,8	23,9	8,6	5,3	19,9	11,6	8,3	42,3	36,8	5,3	0,1
Berufsausbildung im Jahr 1989												
Facharbeiterabschluß	2 877	60,8	33,3	16,1	11,3	19,2	9,7	9,2	20,0	17,3	2,6	0,1
Meisterabschluß	97	71,2	49,1	17,8	4,2	11,2	4,5	6,7	17,6	12,7	4,9	0,0
Ingenieurabschluß	919	86,8	66,1	16,4	4,3	6,3	1,9	4,2	6,9	6,0	0,9	0,0
Hochschulabschluß	364	80,4	58,7	12,0	9,7	7,2	4,0	1,7	12,4	11,6	0,9	0,0
1989 in öffentl. Dienst (Staatsapparat)												
Ja	1 728	71,0	56,4	9,4	5,1	12,0	6,5	5,2	17,0	15,7	1,3	0,0
Nein	2 318	66,6	34,2	20,4	12,0	15,9	7,8	7,7	17,4	14,7	2,6	0,1
Bundesland im Jahr 1989												
Ost-Berlin	417	80,1	55,0	14,4	10,7	7,4	3,3	4,1	12,5	12,5	0,0	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	610	66,9	35,3	18,4	13,1	14,5	4,8	9,3	18,7	16,6	2,1	0,0
Brandenburg	686	67,2	45,3	13,5	8,4	14,7	8,7	5,5	18,0	15,9	2,1	0,0
Sachsen-Anhalt	871	63,9	41,6	15,0	7,3	18,9	11,4	7,5	17,2	14,4	2,8	0,0
Thüringen	871	61,2	37,5	13,5	10,2	18,8	8,5	9,5	20,0	15,7	4,0	0,2
Sachsen	1 436	66,3	39,6	18,2	8,6	14,9	8,1	6,5	18,7	17,1	1,4	0,2
Westorientierung												
Ja: Pendler	420	79,1	35,1	29,9	14,1	18,6	10,7	5,7	2,3	2,3	0,0	0,0
Ja: Umzügler	229	88,1	41,1	34,9	12,1	11,9	3,7	5,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Nein	253	74,0	32,5	26,0	15,4	22,2	14,4	4,1	3,8	3,8	0,0	0,0
Nein	4 470	65,2	41,7	14,5	8,9	15,3	7,8	7,4	19,5	17,0	2,4	0,1

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel, Wellen 1 bis 6 (Ost).

Praktisch gleich geblieben ist der Anteil derjenigen, die die Schule oder Hochschule besuchen. Zurückgegangen ist der Anteil der Wehrpflichtigen, da die Wehrdienstzeit in der Bundesrepublik Deutschland deutlich kürzer ist, als sie es in der DDR war. Als Hausfrauen bzw. Hausmänner bezeichnen sich in Ostdeutschland nur sehr wenige Menschen; ebenso findet man kaum jemanden, der sich als „sonstiger Nichterwerbstätiger“ einstuft⁵.

Einfluß der Arbeitslosigkeit auf Strukturen der Erwerbsbeteiligung

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Erwerbsbiografie derjenigen Menschen in der DDR, die zum Zeitpunkt der Wende „im Erwerbsleben“ standen. Dabei werden Studenten mit zu den Erwerbspersonen gezählt. Bei einer Längsschnittsbetrachtung ist zu beachten, daß viele Studenten in einem Analysezeitraum, der fünf Jahre umfaßt, ihr Studium beenden oder aufgeben und dann dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Würde man die Studenten in einer solchen Betrachtung ausschließen, würde die Arbeitslosigkeitsituation nicht zutreffend wiedergegeben werden können. An der Häufigkeit, mit der verschiedene Gruppen arbeitslos waren, sind auch die Unterschiede in bezug auf Chancen und Risiken der Beschäftigung zu erkennen.

Von den so definierten Erwerbspersonen im November 1989 standen 71 vH fünf Jahre später noch im Erwerbsleben, knapp 12 vH waren arbeitslos⁶ und gut 17 vH lebten im Ruhestand. Nur gut 47 vH der zum Zeitpunkt der Wende im Erwerbsleben stehenden Personen waren anschließend durchgehend erwerbstätig (d.h. sie waren nie arbeitslos); reichlich 23 vH waren zwischendurch arbeitslos geworden, sind inzwischen indes wieder erwerbstätig; zwischen 15 und 16 vH waren einmal arbeitslos, 8 vH dagegen mehrmals, bevor sie wieder erwerbstätig wurden.

Die Gruppe der Ruheständler ist weit überwiegend unmittelbar aus der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand gewechselt. Nur 2,3 vH der Erwerbspersonen im November 1989 sind erst nach einer (2,1 vH) oder mehreren Arbeitslosigkeitsepisoden (0,2 vH) in den Ruhestand gegangen.

Die Erwerbschancen von Männern liegen deutlich über denen von Frauen. Während von den Männern nach fünf Jahren noch 75 vH erwerbstätig waren, sind es bei den Frauen nur 66 vH. Die Quoten für Frauen sind für die verschiedenen Merkmale durchgängig niedriger als für Männer; besonders fällt auf, daß 55jährige und ältere Frauen fast keine Chance hatten, nach der Wende erwerbstätig zu bleiben. Nur gut 3 vH dieser Frauen waren im November 1994 noch erwerbstätig.

Seit der Wende hat das Alter den größten Einfluß auf die Erwerbsdynamik. Über 86 vH der im November 1989 16- bis 45jährigen sind im November 1994 noch oder wieder erwerbstätig. Von den 45- bis 55jährigen sind es nur 67 vH und von den 55jährigen und älteren nur reichlich

8 vH. In der ältesten Gruppe sind nur etwas mehr als 2 vH ohne Beschäftigung. Fast 90 vH befinden sich im Ruhestand.

Die Erwerbschancen waren ganz deutlich vom Qualifikationsniveau der Erwerbspersonen beeinflusst. Personen mit Abitur oder dem Abschluß der 10. Klasse hatten weit bessere Erwerbschancen als Personen mit dem Abschluß der 8. Klasse. Eine eingehende Betrachtung⁷ zeigt freilich, daß dahinter ein deutlicher Alterseffekt steht. Zwei Drittel der 45jährigen und älteren hatten lediglich den Abschluß der 8. Klasse, während es bei den jüngeren Kohorten nur etwas mehr als 10 vH waren. Die Berufsausbildung, bei der sich auch ein Alterseffekt bemerkbar macht, spielt für den späteren Erwerbserfolg ebenfalls eine Rolle: Personen mit Ingenieurschul- oder Hochschulabschluß weisen deutlich höhere Erwerbschancen auf als andere Personen.

Der Anteil der Personen ohne Beschäftigung steigt mit zunehmendem Alter bis zum 55. Lebensjahr; davon sind die Frauen erheblich stärker betroffen als die Männer.

Deutlich verschlechterte Einkommensposition der mittleren Generation

Die Generation der zur Wende 45- bis 55jährigen stellt die „ökonomischen Verlierer“ der deutschen Einheit, die massiv von dauerhafter Arbeitslosigkeit betroffen sind. Vom 50. Lebensjahr an stieg aber bereits auch der Anteil der Ruheständler sprunghaft. Da die Renteneinkommen in Ostdeutschland inzwischen praktisch so hoch wie in Westdeutschland sind, kann zumindest aus rein finanzieller Sicht diese Gruppe der Ruheständler nicht in jedem Falle zu den Verlierern der Einheit gezählt werden⁸.

Eine Betrachtung der Haushaltseinkommen nach dem Alter macht noch deutlicher, wie die Abgänge in Arbeitslosigkeit sowie Vorruhe- und Ruhestand sich ausgewirkt haben⁹. Um unterschiedlich große Haushalte vergleichbar zu machen, werden „bedarfsgewichtete“ relative Äquiva-

⁵ Darunter befinden sich auch 0,1 vH-Punkte derer, die — trotz offiziell nicht vorhandener Möglichkeit, arbeitslos zu sein — in der Befragung Arbeitslosigkeit angaben.

⁶ Hierzu zählen die Befragten, die im November 1994 entweder arbeitslos gemeldet oder — nicht im Erwerbsleben stehend — jünger als 55 Jahre waren. Analog zählen alle Personen als „Ruheständler“, die im November 1994 entweder bereits offiziell im Ruhestand waren oder — nicht im Erwerbsleben stehend — 55 Jahre und älter waren.

⁷ Diese wurde mithilfe einer multiplen Analyse aller in den Tabellen benutzten Merkmale auf Basis von binären LOGIT-Regressionen durchgeführt.

⁸ Vgl. dazu auch die jüngste Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute (Herbstgutachten), Die Herausforderung der Deutschen Einigung: Fünf Jahre danach. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42-43/1995, S. 733-735, hier: S. 734.

⁹ Für diese Analyse kann nur auf Daten bis zum Jahre 1994 zurückgegriffen werden.. Die Analyse beginnt im Juni 1990, also nach der Wende, aber noch vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Tabelle 3

**Relative Äquivalenzeinkommensposition
Ostdeutscher im Juni 1990 und Frühjahr 1994
nach Alter 1990**
Ostdeutschland insgesamt = 100

Altersklassen 1990	Einkommensposition in vH		Veränderung der Einkommens- position in vH 1990/94
	1990	1994	
Insgesamt	100,0	100,0	0,0
unter 16 Jahre	90,8	84,9	-5,9
16 bis unter 25 Jahre	102,9	104,0	1,1
25 bis unter 45 Jahre	101,6	98,0	-3,6
45 bis unter 50 Jahre	119,8	116,1	-3,7
50 bis unter 55 Jahre	124,1	113,8	-10,3
55 bis unter 60 Jahre	115,7	96,5	-19,2
60 bis unter 65 Jahre	107,3	103,7	-3,6
65 bis unter 70 Jahre	84,5	106,3	21,8
70 Jahre und älter	74,3	100,8	26,5

Quellen: Das Sozio-oekonomische Panel, Wellen 1 und 5 (Ost).

lenzeinkommen betrachtet. Vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion lebten Kinder und Rentner in der DDR in Haushalten mit deutlich unterdurchschnittlichen Nettoeinkommen (Tabelle 3). Die höchsten Einkommen erzielten — wie auch in westlichen Gesellschaften — die 45- bis 54jährigen. Aufgrund hoher Erwerbstätigkeit älte-

rer Erwerbspersonen lag auch die Einkommensposition der 60- bis 64jährigen noch deutlich über dem Durchschnitt.

Die Transformation hat zu einem erheblichen Rückgang der Einkommensposition der Haushalte mit Kindern geführt und zu weit überdurchschnittlichen Gewinnen der Haushalte, in denen Menschen leben, die zum Zeitpunkt der Wende bereits 65 Jahre und älter waren. Diese Altersgruppe kann definitionsgemäß nicht mehr arbeitslos werden und hat von der Einführung der umlagefinanzierten dynamischen Rente erheblich profitiert.

Einen kräftigen Rückgang der Einkommensposition hat dagegen die Altersgruppe erlebt, die zum Zeitpunkt der Wende 55 bis 59 Jahre alt war. Diese Generation wurde nahezu vollständig in den Vorruhestand geschickt, der weit schlechter als eine reguläre Altersrente alimentiert ist. Auch nach dem Übergang in eine Altersrente läßt sich noch ein „negativer Echoeffekt“ erkennen. Die zur Wende 25- bis 49jährigen sind die Gruppe, die stark von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Dies läßt sich auch an einer signifikanten Verschlechterung ihrer Einkommensposition ablesen.

**Westorientierung
erhöht ostdeutsche Erwerbsbeteiligung**

Unterscheidet man die Erwerbsdynamik nach dem Wohnsitz im November 1989, zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede (Tabelle 4). Die Ost-Berliner weisen mit etwa 80 vH die größte Wahrscheinlichkeit auf, noch

Tabelle 4

Westorientierung ostdeutscher Erwerbspersonen

Strukturmerkmale	Im Jahr 1989 im Erwerbsleben stehend	Bis 1994 in den Westen gezogen (A)	Zur Arbeit in den Westen gependelt (B)	Insgesamt westorientiert (A oder B)
	1000 Personen	Anteile in vH		
Männer	5 088	5,4	11,9	15,5
Frauen	4 890	4,5	4,3	7,8
unter 30 Jahre alt	3 106	9,5	12,3	18,6
30 Jahre und älter	6 574	2,8	6,3	8,5
Ost-Berlin	824	4,6	22,4	26,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 221	3,7	8,0	10,5
Brandenburg	1 527	4,8	7,7	10,4
Sachsen-Anhalt	1 772	5,3	7,1	11,6
Thüringen	1 692	2,8	8,8	10,3
Sachsen	2 942	6,8	4,9	9,9
Ostdeutschland	9 979	5,0	8,2	11,7

Legende: A = Personen, die zwischen November 1989 und April 1994 wenigstens einmal in den alten Ländern lebten. — B = Personen, die zwischen November 1989 und April 1994 wenigstens einmal in den alten Ländern arbeiteten.

Quellen: Das sozio-oekonomische Panel, Wellen 1 bis 6 (Ost).

oder wieder erwerbstätig zu sein. Dies liegt zu einem großen Teil daran, daß die Möglichkeit, nach West-Berlin zu pendeln oder umzuziehen, von mehr als jedem Vierten aus Ost-Berlin genutzt wurde. Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen liegen mit etwa 68 vH am Ende der Skala. Sachsen und Sachsen-Anhalt unterscheiden sich von dieser Position nur geringfügig. Brandenburg liegt mit knapp 74 vH über den genannten Bundesländern; auch dies ist ein Pendlereffekt, denn etwa jeder vierte Brandenburger wohnt weniger als 20 km von der Stadtgrenze Berlins entfernt¹⁰.

Von den Erwerbspersonen im November 1989 waren bis November 1994 5 vH nach Westdeutschland umgezogen, und 8 vH pendelten innerhalb des betrachteten Fünfjahreszeitraumes einmal oder mehrmals nach Westdeutschland zur Arbeit. Der Anteil der „Westorientierten“ insgesamt beträgt mit knapp 12 vH weniger als die Summe der Umzieher und Pendler, da ein beachtlicher Anteil von Pendlern später nach Westdeutschland umgezogen ist.

Unterscheidet man die Westorientierung nach dem Geschlecht, stellt man fest, daß — was nicht überrascht — nur wenig mehr Männer als Frauen nach Westdeutschland umgezogen sind, jedoch viel mehr Männer in den Westteil pendeln als Frauen. Wenig überrascht auch, daß die Westorientierung bei jungen Menschen weit stärker ausgeprägt ist als bei älteren Erwerbspersonen. Fast 20 vH der im November 1989 unter 30jährigen Erwerbspersonen weisen eine Westorientierung auf; nahezu 10 vH sind in den Westen umgezogen. Die über 30jährigen haben sowohl eine niedrigere Umzugs- als auch Pendelquote.

Ost-Berlin hat eine bedeutsame Arbeitsmarktentlastung zu Lasten West-Berlins erfahren; mehr als jede fünfte ostberliner Erwerbsperson war Pendler; auf der anderen Seite ist es nur etwa jede 20. Erwerbsperson aus Sachsen, das relativ weit von den alten Bundesländern entfernt liegt. Dies dürfte auch der Grund sein, warum aus Sachsen relativ viele Personen (fast 7 vH der Erwerbspersonen im November 1989) nach Westdeutschland umgezogen sind. Insgesamt unterscheiden sich die länderspezifischen Quoten zur Westorientierung nur wenig; sieht man von Ost-Berlin ab, das ohne Zweifel eine Sonderrolle einnimmt.

Trennt man bei der Betrachtung der Erwerbsbeteiligungswahrscheinlichkeit nach der Westorientierung, so zeigt sich, daß der ostberliner Arbeitsmarkt durch West-Berlin deutlich entlastet worden ist. Ost-Berlin bietet indes den männlichen Erwerbspersonen keineswegs überdurchschnittliche Arbeitsmarktchancen. Diese haben nur die ostberliner Frauen (Tabelle 5).

Fazit

Die Längsschnittsanalyse des Arbeitsmarkterfolgs der zum Zeitpunkt der Wende in der DDR erwerbstätigen oder studierenden Personen zeigt, daß von den 16- bis 45jährigen über 86 vH immer noch oder wieder im

¹⁰ Schätzung. Vgl. hierzu: Großraum Berlin. Bearb. Hans Heuer. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/1990, S. 295-303.

Tabelle 5

Westorientierung und Erwerbsbeteiligung in Ostdeutschland
Anteil der Personen, die im November 1989 und im November 1994 im Erwerbsleben standen nach Bundesland und Geschlecht

Bundesland 1989	Insgesamt / Ohne Westorientierung	Anteile in vH		
		Insgesamt	Männer	Frauen
Insgesamt	Insgesamt	70,9	75,3	66,4
	Ohne	68,9	72,7	65,2
davon: Berlin (Ost)	Insgesamt	80,1	80,0	80,1
	Ohne	75,0	72,2	77,3
Mecklenburg-Vorpommern	Insgesamt	67,7	68,5	66,9
	Ohne	64,5	63,7	65,1
Brandenburg	Insgesamt	73,6	78,8	67,2
	Ohne	71,5	76,3	65,8
Sachsen-Anhalt	Insgesamt	70,4	76,8	63,9
	Ohne	68,2	73,5	63,3
Thüringen	Insgesamt	68,4	76,0	61,2
	Ohne	67,2	75,0	60,6
Sachsen	Insgesamt	70,1	73,7	66,3
	Ohne	69,3	72,8	65,7

Quellen: Das sozio-oekonomische Panel, Wellen 1 bis 6 (Ost).

Erwerbsleben stehen. Freilich hat etwa die Hälfte Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht. Die mittlere Generation der 45- bis 55jährigen ist — was viele Beobachter überraschen mag — zu zwei Dritteln immer noch oder wieder erwerbstätig. Gleichwohl stellt diese Generation den Großteil der „ökonomischen Verlierer der Einheit“. Die zum Zeitpunkt der Wende 55jährigen und älteren Erwerbspersonen sind nahezu alle im Ruhestand; nur etwa 12 vH dieser Männer und nur 3 vH dieser Frauen sind immer noch oder wieder erwerbstätig.

Die Arbeitsmarktchancen in den neuen Bundesländern sind für alle Bundesländer etwa gleichartig (Inlandsbetrachtung). Deutlich schlechtere Chancen haben nur die Männer Mecklenburg-Vorpommerns, bessere Möglichkeiten die Frauen von Ost-Berlin. Weitere Unterschiede in den Erwerbschancen zeigen sich nur aufgrund einer differenzierten Westorientierung der Erwerbspersonen. Diese hängt sehr von der geographischen Nähe zu einem alten Bundesland ab, wodurch Pendeln begünstigt wird oder schwer fällt.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 64. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2/95. 198 S. DM 136,—

Editorial. Von *Florian Straßberger* und *Harald Trabold*

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Von *Harald Trabold*.

Systemische Wettbewerbsfähigkeit: Neue Anforderungen an Unternehmen und Politik. Von *Klaus Eßer*, *Wolfgang Hillebrand*, *Dirk Messner* und *Jörg Meyer-Stamer*.

Technischer Wandel und wirtschaftliches Wachstum: Einige jüngere Entwicklungen, empirische Ergebnisse und wirtschaftspolitische Konsequenzen. Von *Florian Straßberger*.

Die Internationalisierung von Forschung und Entwicklung multinationaler Unternehmen und die technologische Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften. Von *Marian Beise* und *Heike Belitz*.

Zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft — *Eine ökonomische Beurteilung im längerfristigen und internationalen Vergleich*. Von *Dieter Schumacher*.

Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie. Von *Alexander Eickelpasch*.

EU-Politik zur Steigerung regionaler Wettbewerbsfähigkeit. Von *Christian Weise*.

Competitiveness of Central-Eastern European Countries. By *Ulrich Thießen*.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer. Von *Ludger Lindlar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 3/1995. 208 S. DM 142,—

Editorial. Von Prof. Dr. *Lutz Hoffmann*.

Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß — ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit Von *Dieter Vesper*.
Geld und Währung in Deutschland seit der Währungsumstellung. Von *Reinhard Pohl*.

Die deutsche Vereinigung — ein Transferproblem. Von *Heiner Flassbeck*.

Die deutsche Vereinigung — Stimulus für die Weltwirtschaft? — *Ein Rückblick mittels ökonomischer Simulationen*. Von *Gustav A. Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Strukturen der Industrie in den neuen Bundesländern. Von *Karl Brenke*.

Die Privatisierungs- und Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt: Eine Analyse aus transaktionskostentheoretischer Sicht. Von *Herbert Brücker*.

Strukturwandel von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland — *Veränderte Einschätzungen durch Berücksichtigung von Preisunterschieden*. Von *Martin Gornig* und *Claudius Schmidt-Faber*.

Income Effects of Unemployment and Short-Time Work in the East German Transformation Process. By *Johannes Schwarze*, *Ulrich Rendtel* and *Felix Büchel*.

Anlagevermögen und Produktionspotential in Ostdeutschland. Von *Bernd Görzig*.

Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges in den neuen Bundesländern auf ausgewählte Infrastrukturbereiche. Von *Erika Schulz*.

Maßnahmen und Wirkungen der Umweltpolitik des Bundes in den neuen Ländern. Von *Heike Belitz*, *Dietmar Edler* und *Walter Komar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die Belastung der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland durch direkte und indirekte Steuern. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau und Dieter Teichmann. —
Bilanz der Erwerbschancen fünf Jahre nach der Wende in Ostdeutschland. Bearbeitet von Rainer Pischner und Gert Wagner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 80.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —

DEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾														
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten					
	Insgesamt		Inland		Ausland														
	in 1000				1991 = 100														
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1993 J	3159		305		89,6		89,0		90,2		91,7		87,7		82,8		105,1		
F	3214	3212	291	293	87,3	87,5	85,5	86,7	89,4	88,2	91,4	91,0	84,6	84,8	74,4	76,8	104,3	93,5	
M	3266		284		85,7		85,5		84,9		89,9		82,1		73,1		71,1		
A	3296		284		87,4		86,0		89,2		91,1		83,5		78,8		85,7		
M	3338	3343	284	283	89,9	88,5	88,3	87,2	92,2	90,1	91,4	91,5	88,8	85,6	82,5	80,0	96,0	91,9	
J	3395		282		88,1		87,3		88,8		91,9		84,6		78,8		94,1		
J	3467		277		89,9		88,7		91,8		93,3		87,3		79,8		106,5		
A	3518	3525	273	270	96,3	91,6	88,2	88,2	93,0	91,7	93,5	93,3	86,7	86,6	81,1	79,9	99,7	94,2	
S	3592		262		88,6		87,6		90,4		93,1		85,7		78,7		76,5		
O	3670		255		89,8		86,9		95,4		93,1		88,6		80,4		85,0		
N	3703	3694	265	263	89,2	89,6	86,7	86,8	94,1	95,5	93,7	93,5	85,9	87,5	80,0	79,8	84,8	90,0	
D	3710		269		89,8		86,9		96,9		93,6		87,9		79,0		100,3		
1994 J	3745		271		89,1		85,2		96,0		93,2		86,2		78,3		87,0		
F	3787	3778	276	274	91,3	91,8	87,6	87,8	97,4	98,7	94,9	95,2	88,6	89,1	81,6	83,5	85,5	92,2	
M	3804		276		95,0		90,6		102,6		97,6		92,5		90,5		104,1		
A	3788		275		94,7		91,3		100,9		98,2		91,7		88,8		97,6		
M	3759	3757	270	271	94,5	95,3	91,6	92,0	99,6	101,5	99,1	99,1	91,1	92,8	85,7	87,6	91,9	94,1	
J	3726		269		96,8		93,0		103,9		100,1		95,5		88,2		92,7		
J	3681		280		96,4		93,2		101,9		99,3		95,5		86,0		88,9		
A	3663	3660	285	287	92,3	95,5	92,7	92,7	100,0	103,2	100,2	100,7	92,7	94,9	85,0	84,9	89,4	91,8	
S	3637		298		97,9		92,1		107,8		102,6		96,4		83,7		97,2		
O	3591		314		99,0		93,9		108,8		104,7		97,1		84,5		95,1		
N	3571	3581	315	313	99,5	99,7	94,8	94,7	108,6	109,5	105,2	105,5	97,8	98,1	87,7	85,4	93,7	93,3	
D	3582		313		100,7		95,4		111,0		106,7		99,3		83,9		91,2		
1995 J	3566		322		96,0		90,9		105,9		102,1		92,2		84,5		87,0		
F	3556	3558	331	330	96,6	96,8	90,7	91,4	106,8	106,4	103,4	102,8	92,8	93,7	82,9	83,7	83,6	89,6	
M	3553		340		97,7		92,7		106,6		103,0		96,1		83,8		98,1		
A	3588		342		96,1		92,4		102,9		102,5		90,9		86,9		97,0		
M	3563	3578	334	333	97,9	96,5	94,2	92,8	104,9	103,7	101,1	101,2	96,7	93,6	89,2	87,1	93,9	94,8	
J	3587		324		95,6		91,8		103,2		99,9		93,2		85,1		93,4		
J	3570		324		97,8		93,7		106,0		98,7		101,0		85,3		88,1		
A	3606	3612	314	314	92,1		90,2		104,1		98,1		95,3		82,6		88,8		
S	3662		307																
O	3672		305																
N																			
D																			

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.
²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr		
	in 1000		1991 = 100										Mrd. DM						
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1993	J	7887		90,8		89,5		85,4		94,6		109,3		96,3		51,5		46,9	
	F	7814	7813	89,0	90,1	85,1	87,5	84,7	85,9	93,9	94,6	111,0	110,3	97,2	97,7	54,7	156,4	48,6	140,5
	M	7741		90,6		87,9		87,5		95,4		110,7		99,7		50,3		45,1	
	A	7679		89,5		85,2		85,6		94,7		115,5		102,8		50,0		46,3	
	M	7618	7620	89,8	89,5	86,3	85,4	86,2	85,3	94,8	94,9	115,0	115,4	97,3	99,8	52,0	154,6	46,2	139,6
	J	7564		89,3		84,7		84,2		95,1		115,7		99,4		52,6		47,2	
	J	7525		89,1		84,3		83,6		94,0		116,0		100,6		50,5		45,0	
	A	7467	7464	91,4	90,1	87,0	85,3	91,8	86,9	94,3	94,7	117,7	116,8	99,8	100,2	51,6	153,4	49,2	141,6
	S	7403		89,7		84,5		85,2		95,8		116,8		100,2		51,4		47,4	
	O	7340		88,9		82,9		83,7		93,8		117,3		98,8		51,1		45,6	
	N	7274	7285	88,6	88,9	81,8	83,0	84,1	84,6	94,5	94,3	109,5	112,1	101,1	100,3	53,0	157,5	46,9	139,1
	D	7242		89,3		84,2		86,1		94,5		109,5		101,0		53,4		46,6	
1994	J	7227		90,0		84,1		85,1		93,5		121,6		98,8		54,3		47,6	
	F	7173	7177	91,0	91,1	86,3	85,6	86,0	87,1	94,3	94,6	115,0	120,5	99,1	100,9	53,6	163,0	48,4	146,9
	M	7132		92,4		86,5		90,2		95,9		124,9		104,9		55,1		50,9	
	A	7097		92,5		86,8		90,7		93,6		122,1		94,0		55,5		48,1	
	M	7069	7067	92,8	93,1	86,6	87,1	89,9	91,2	95,0	94,3	124,9	124,7	101,6	99,0	59,1	175,2	52,0	152,5
	J	7035		93,9		87,8		93,1		94,3		127,0		101,4		60,6		52,4	
	J	7017		94,7		89,6		93,1		95,3		123,9		96,1		55,5		50,1	
	A	6992	6997	93,2	94,0	87,0	88,1	89,1	90,4	94,8	94,4	127,5	125,9	102,5	100,0	57,9	170,6	51,6	154,1
	S	6983		94,1		87,6		89,0		93,0		126,4		101,4		57,2		52,4	
	O	6958		94,7		88,1		86,4		95,0		126,8		97,2		57,3		52,0	
	N	6918	6923	95,6	95,8	88,0	88,2	89,3	89,6	96,3	95,5	134,3	130,2	98,8	98,3	58,9	176,0	51,2	157,0
	D	6894		97,1		88,6		93,0		95,1		129,5		98,8		59,9		53,7	
1995	J	6866		94,8		87,2		94,7		95,9		114,3		101,1		59,2		50,4	
	F	6844	6846	96,2	95,4	88,1	87,8	92,9	92,1	96,9	96,1	134,3	122,1	100,1	99,9	58,7	176,8	52,3	156,4
	M	6829		95,1		88,1		88,8		95,4		117,6		98,4		58,9		53,6	
	A			95,4		86,6		86,9		97,1		117,8		96,1		58,8		50,5	
	M			96,0	95,7	88,7	87,8	92,0	89,9	97,8	96,8	122,4	119,3	102,6	99,4	60,3	182,6	51,5	157,7
	J			95,8		88,1		90,7		95,5		117,7		99,5		63,5		55,7	
	J			96,7		91,2		90,6		95,3		120,1		94,3		59,3		51,3	
	A			93,6	93,9	88,2	87,7	88,0	87,0	94,8	94,4	120,3	119,1	101,2		58,3		51,7	
	S			91,3		83,8		82,3		93,1		116,8							
	O																		
	N																		
	D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.
— ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.